Süddeutsche Zeitung

Großprojekt in Sendling

Neubau der Großmarkthalle: Stadtrat stellt Ultimatum

21. Dezember 2023, 16:43 Uhr

Das Kommunalreferat soll bis Ende März über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Investor berichten. Aber was passiert, wenn es keine Einigung mit der Büschl-Gruppe und den Händlern gibt?

Von Sebastian Krass

Klappt es mit dem Neubau einer Großmarkthalle - oder nicht? Darüber will die Mehrheit des Stadtrats bis Ende März 2024 Klarheit haben, drei Monate früher als von Kommunalreferentin Kristina Frank (CSU) in Aussicht gestellt. Dieses Ultimatum beschloss die Vollversammlung nach SZ-Informationen am Mittwochabend auf Antrag der grün-roten Rathauskoalition in nicht-öffentlicher Sitzung. Der Änderungsantrag, der nach Angaben mehrerer Stadtratsmitglieder angenommen wurde, liegt der SZ vor. Darin heißt es, das Referat solle "spätestens Ende des ersten Quartals 2024 über das Verhandlungsergebnis mit der Bieterin" berichten.

Mit diesem Votum setzt der Stadtrat Frank und die Büschl-Unternehmensgruppe, die in einem Vergabeverfahren für Bau und Betrieb eines neuen Großmarkts als einzige Interessentin im Rennen ist, unter Zugzwang. In ihrer Beschlussvorlage hatte Frank das Ende des zweiten Quartals, also Ende Juni, als Termin genannt, zu dem sie dem Stadtrat spätestens über den Verhandlungsstand berichten und "bestenfalls" auch schon "ein finales Angebot" der Büschl-Gruppe vorlegen wollte.

Frank soll sich in der Vollversammlung skeptisch geäußert haben, ob das drei Monate früher zu schaffen sei. Aus der Stadtverwaltung ist aber auch zu hören, dass das Ultimatum ein deutliches Zeichen sei, dass die Büschl-Gruppe und die Händlerinnen und Händler sich zusammenraufen sollen, und zwar am besten noch im Januar.

In der vergangenen Woche hatten die Obst- und Gemüsehändler, die den Großteil des Großmarktbetriebs ausmachen, in einer öffentlichen Stellungnahme das von der Büschl-Gruppe erarbeitete Grundkonzept für einen neuen Großmarkt rundweg abgelehnt. Die geplante gut 400 Meter lange, weitgehend eingeschossige Halle, die in der Summe deutlich weniger Fläche bieten würde als im derzeitigen Großmarkt-Betrieb, sei zu klein, schrieben sie. Zudem sei es unmöglich, den Großmarktbetrieb neben der Großbaustelle, so wie sie geplant sei, weiterlaufen zu lassen. Die Händlerinnen und Händler beklagten, die Büschl-Gruppe habe sie zu wenig in die Planungen eingebunden.

Vor diesem Hintergrund hat die Vollversammlung am Mittwoch das Kommunalreferat beauftragt, "die Prozesse mit der Händlerschaft eng und regelmäßig abzustimmen". Für den 10. Januar ist nun ein Treffen der Händler mit der Büschl-Gruppe geplant, bei dem wohl auch Vertreter der Stadt zuhören dürfen. Eine aktive Rolle der Stadt in diesen Gesprächen sei nicht möglich, heißt es, das könne als unzulässige Einmischung in das Vergabeverfahren gewertet werden. Auch zur Frage, wie der Großmarkt-Betrieb während der Bauphase weiterlaufen könnte, erwartet der Stadtrat von der Verwaltung zeitnah eine Lösung.

Über all diesen Erwägungen schwebt eine große Unbekannte: Ob der Investor überhaupt ein finales Angebot für Bau und Betrieb des Großmarkts abgibt. Bisher liegt nur eine unverbindliche Offerte vor, die Büschl-Gruppe könnte sich jederzeit aus dem Vergabeverfahren zurückziehen. Zwar heißt es aus dem Unternehmen, man wolle das Projekt gern umsetzen. Aber es ist auch noch unklar, ob der Investor die Finanzierung gestemmt bekommt. Um das zu erleichtern, hat der Stadtrat am Mittwoch dem Vorschlag der Kommunalreferentin Frank zugestimmt, eine Anmietgarantie in Aussicht zu stellen für den Fall, dass es im neuen Großmarkt Leerstand geben sollte.

Aus der Koalition ist zu hören, man denke auch schon über einen Plan B nach für den Fall, dass das Projekt platzen sollte. Details dazu waren noch nicht zu erfahren.

Die oppositionelle Fraktion Die Linke/Die Partei, die das Investorenprojekt bisher abgelehnt hatte, hat ihren Kurs gewechselt. Sie will nun, dass der Neubau möglichst schnell abgewickelt wird, um den Händlerinnen und Händlern endlich Planungssicherheit zu geben. Die Linke soll in der nicht-öffentlichen Sitzung zudem angeregt haben, dass die Stadt sich in einem Vertrag mit dem Investor eine Kaufoption für den Großmarkt sichert.

Eine Radikallösung brachte am Mittwoch die Fraktion FDP/Bayernpartei ins Spiel. Sie verknüpfte die städtischen Problemfälle Gasteig-Sanierung und Neubau des Großmarkts: Die Stadt, so der Vorschlag, solle den Gasteig "schnellstmöglich" abreißen und an private Investoren verkaufen, die dort frei finanzierten Wohnungsbau realisieren dürften. Mit den Erlösen daraus soll die Stadt auf dem bisherigen Großmarkt-Areal ein neues Kulturzentrum errichten, als Teil

einer "Kulturmeile" von der Isarphilharmonie bis zum Volkstheater. Der Großmarkt selbst wiederum würde in diesem Modell an den Stadtrand verlegt. Allerdings fand dieser Antrag keine weitere Unterstützung im Stadtrat.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: <u>www.sz.de/1.6323400</u>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/dac

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an <u>syndication@sueddeutsche.de</u>.